

SCHWEIZER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!



Für eine zukunftsfähige Schweiz

«Unsere Partei braucht es mehr denn je»

Es ist unabdingbar, dass unser Land in den kommenden vier Jahren die längst fälligen Reformen in der Altersvorsorge, im Gesundheitswesen oder in der Sicherheits- und Energiepolitik anpackt und umsetzt. Dazu braucht es Gestaltungswillen, Zuversicht, Mut, Konsensfähigkeit. Als bürgerlich-liberale Kraft übernehmen wir Freisinnige Verantwortung für unsere Schweiz und prägen stabile und mehrheitsfähige Wege für die Herausforderungen dieser Zeit.

Seite 15

Inhalt

- 3 Nachruf auf Dick Marty
- 4–6 Kampagnen
- 7 Parolenspiegel
- 8 FDP International
- 9 Radigal
- 10 FDP Frauen
- 11 Kommunikationsblog
- 12 Rückblick Wintersession
- 13/14 Rückblick Bundesratswahlen
- 15–17 Delegiertenversammlung 2024 in Zug
- 18/19 Europapolitik
- 20/21 Migrationspolitik
- 22 Energiepolitik
- 23 Kolumne Andri Silberschmidt



Längst fällige Reformen anpacken

FDP übernimmt Verantwortung

Liebe Freisinnige

Die 52. Legislaturperiode hat soeben begonnen. Die vergangene Legislatur war geprägt von Krisen, geopolitischen Verwerfungen und einem ausgesprochenen Reformstau im Inland. Mehrmals setzte der Bundesrat Notrecht ein, in etlichen Bereichen blockierte das Parlament sich selbst. Auch wenn die Welt in den vergangenen Monaten vor neue Herausforderungen gestellt wurde: Es ist unabdingbar, dass unser Land in den kommenden vier Jahren die längst fälligen Reformen in der Altersvorsorge, im Gesundheitswesen oder in der Sicherheits- und Energiepolitik anpackt und umsetzt. Dazu braucht es Gestaltungswillen, Zuversicht, Mut, Konsensfähigkeit. Als bürgerlich-liberale Kraft übernehmen wir Freisinnige Verantwortung für unsere Schweiz und prägen stabile und mehrheitsfähige Wege für die Herausforderungen dieser Zeit.

Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis wiedergewählt

Eine erste Duftmarke setzte das Parlament anlässlich der Wiederwahl der bisherigen Bundesräte. Trotz Ränkespielen von Mitte-links hat sich die Bundesversammlung am Ende zu den etablierten und bewährten Regeln bekannt, wonach die drei stärksten Parteien Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat und die viertstärkste Partei Anspruch auf einen Bundesratssitz hat. Diese Zauberformel sowie die Konvention, dass amtierende Bundesräte nicht abgewählt werden, bringen unserem Land Stabilität. Eine Stärke, die nicht leichtfertig aufgegeben werden darf.

Zukunft der AHV: Verantwortung übernehmen, Realitäten anerkennen

Die FDP ist die bürgerlich-liberale Kraft, die seit

jeder Verantwortung für dieses Land übernimmt. Wir erkennen Realitäten und richten unsere Lösungsvorschläge danach aus, anstatt wie Mitte-links und die SVP Traumtänzerei zu betreiben und die Augen vor den Tatsachen zu verschliessen. Wir Freisinnigen muten es den Schweizerinnen und Schweizern zu, zur Sicherung der AHV mit der Renteninitiative eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters vorzuschlagen. Und wir stehen hin und sagen: Mit der 13. AHV-Rente fahren wir unser wichtigstes Sozialwerk innert weniger Jahre an die Wand. Diese Rentenerhöhung per Giesskanne ist weder sozial noch generationengerecht noch nachhaltig.

Weiterentwicklung bilaterale Beziehungen mit EU

Ebenso ist es im Interesse der Schweiz, dass die Beziehungen mit der EU wieder auf eine solide Basis gestellt werden. Der Fortschritt des Bundesrates, ein Verhandlungsmandat zur Weiterentwicklung des bilateralen Wegs zu verabschieden, ist zu begrüssen. Die EU ist unser wichtigster Handelspartner. Wir teilen eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Werte. Nun ist es unerlässlich, dass alle Akteure ihre Verantwortung wahrnehmen und sich für eine mehrheitsfähige Lösung einsetzen. Alle politischen Parteien und Sozialpartner haben ihre kurzfristigen Wahl- oder Partikularinteressen dem Wohl des Landes hintanzustellen.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



Zum Tod von Dick Marty

«Die Werte, für die er stand, leben weiter»

«Er tat dies, weil es jemand tun musste und weil es richtig war.»

Zum Jahresende 2023 ist Dick Marty von uns gegangen, ein engagierter und mutiger Parlamentarier, ein Vorkämpfer für Recht und Gerechtigkeit in der Schweiz, in Europa und in der Welt.

Bereits als Staatsanwalt im Tessin in den 1970er- und 1980er-Jahren machte er sich einen Namen als Vorkämpfer gegen das organisierte Verbrechen. Als Parlamentarier scheute er sich nicht, sich mit mächtigen Interessengruppen anzulegen. Sein Wirken im Europarat bleibt eine Referenz.

Seine Berichte für die Parlamentarische Versammlung des Europarats, etwa zu den Geheimgefängnissen der CIA in Europa, zu illegalen Verschleppungen von Terrorverdächtigen, zu den grausamen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien, zu den Vorwürfen von Kriegsverbrechen und anderen Gräueltaten bis hin zum Organhandel führender UCK-Mitglieder in Kosovo, haben eine beeindruckende «Dynamik der Wahrheit» in Gang gesetzt. Die Existenz der Geheimgefängnisse räumte selbst der frühere US-Präsident George W. Bush ein, und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellte entsprechende Verletzungen der Europäischen Menschenrechtskonvention durch Polen, Rumänien oder Nordmazedonien fest. Die Menschenrechtsverletzungen des Kadyrow-Regimes in Tschetschenien belegte Dick Marty so

eindrücklich, dass sein Bericht in der Parlamentarischen Versammlung einstimmig angenommen wurde – seinerzeit in Anwesenheit der russischen Parlamentarierdelegation.

Nicht zuletzt trug der Bericht zu den UCK-Verbrechen in Kosovo dazu bei, dass in Den Haag eine international besetzte Aussenstelle der kosovarischen Justiz eingerichtet wurde, deren Staatsanwaltschaft intensive Ermittlungen durchgeführt und Anklagen erhoben hat, in deren Folge führende UCK-Mitglieder in Untersuchungshaft genommen wurden.

Dick Marty hat mit seinem Engagement für Recht und Gerechtigkeit exemplarisch die Rolle des Europarates mit Leben erfüllt. Er tat dies, indem er mit grosser intellektueller und moralischer Strenge die Werte der Organisation verteidigte und bemerkenswerten persönlichen Mut bewies, um unter manchmal sehr schwierigen Umständen Nachforschungen anzustellen. Er tat dies, weil es jemand tun musste und weil es richtig war.

Dafür verlieh ihm die Generalsekretärin des Europarates, Marija Pejčinović Burić, noch wenige

Wochen vor seinem Tode die «Pro Merito»-Medaille der Organisation in einer bewegenden Zeremonie in Strassburg, in Anwesenheit einiger seiner engsten Weggefährten. Der Europarat wird Dick Marty vermissen. Doch die Werte, für die er stand, leben weiter. Sein Beispiel ist Inspiration für eine neue Generation im Europarat – und weit darüber hinaus.

In einer Zeit zahlreicher Herausforderungen und grosser Bedrohungen für die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Grundregeln des Völkerrechts, einschliesslich des humanitären Rechts und der Menschenrechte, hoffen wir, dass das Beispiel von Dick Marty für viele eine Inspiration ist! Das ist der Wunsch, den man äussern kann, wenn man ihn an der Schwelle zu einem besonderen und vielleicht wegweisenden neuen Jahr, 2024, ehrt, in dem mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung – die grösste Anzahl von Menschen in der Geschichte – bei einer Wahl ihre Stimme abgeben wird.

Damien Cottier, Fraktionspräsident der FDP, Die Liberalen und Mitglied der Schweizer Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Dieser Artikel ist eine gekürzte Version des in der NZZ erschienenen Artikels vom 4. Januar 2024.

Regine Sauter sagt am 3. März klar Nein zur 13. AHV-Rente.



Verantwortungslosen Ausbau der AHV ablehnen

Nein zur Gewerkschaftsinitiative

«Belastet würden insbesondere der Mittelstand durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Erwerbstätigen, also vorwiegend die Jungen, über die höheren Lohnabgaben.»

Am 3. März stimmen wir einmal mehr über ein sozialistisches Ausbaivorhaben unseres Sozialstaates ab. Eine Initiative, lanciert von Gewerkschaften, der SP und Grünen, verlangt die Einführung einer 13. AHV-Rente für alle. Auf den ersten Blick ein sympathisches Anliegen, wer mag dies den Rentnerinnen und Rentnern schon nicht gönnen. Nur – die Initiantinnen und Initianten unterlassen es, ihrem Anliegen ein Preisschild anzuheften. Darum schon mal an dieser Stelle: Fünf Milliarden Franken jährlich würde dies die AHV zusätzlich kosten.

Begründet wird die Initiative damit, dass angesichts des stetigen Kaufkraftverlusts die Renten nicht mehr zum Leben reichen würden. Dieses Argument ist gleich aus zwei Gründen irreführend. Zum einen werden die AHV-Renten regelmässig (mindestens alle zwei Jahre) der Teuerung und der Lohnentwicklung angepasst. Ein allfälliger Kaufkraftverlust wird damit ausgeglichen. Zum anderen muss in diesem Land im Alter niemand ausschliesslich von der AHV leben, denn Ergänzungsleistungen zur AHV sichern das Existenzminimum.

Berufliche Vorsorge modernisieren

Gerade die heutige Generation von Rentnerinnen und Rentnern verfügt in der Mehrzahl über eine gut ausgebaute zweite Säule, da sie ihre Erwerbstätigkeit in einer Zeit ausgeübt hat, als das Pensionskassenobligatorium bereits eingeführt war. Und für jene Personen, die über keine massgebliche zweite Säule verfügen (zum Beispiel, weil sie nur in kleinen Pensen berufstätig waren), ist es ent-

scheidend, dass wir die berufliche Vorsorge modernisieren. Dies betrifft vor allem die Frauen. Es muss in Zukunft auch Personen mit kleinen Einkommen möglich sein, ein Guthaben in der zweiten Säule aufzubauen. Das Parlament hat eine entsprechende Gesetzesänderung verabschiedet, wir werden darüber auch in diesem Jahr abstimmen. Und hierzu gilt es dann, klar Ja zu sagen.

AHV ab 2030 bereits im Minus

Doch zurück zum Preis der Gewerkschaftsinitiative. In der AHV fünf Milliarden Franken jährlich zusätzlich auszugeben, ist verantwortungslos. Denn bereits ohne diese Zusatzausgabe kippt unser wichtigstes Sozialwerk ab 2030 ins Minus. Noch problematischer: Die Initianten sagen nicht, wie sie ihre Wohltat zu finanzieren gedenken. Denn die Wahrheit ist unbequem: Ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent oder die Erhöhung der Lohnabzüge von heute 8,7 auf neu 9,4 Prozent wären nötig.

Belastung vor allem für den Mittelstand

Diese Initiative ist letztlich unsozial. Ohne Berücksichtigung des effektiven Bedürfnisses soll mit der Giesskanne allen Rentnerinnen und Rentnern eine 13. Rente ausbezahlt werden, auch den Millionären. Belastet würden insbesondere der Mittelstand durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Erwerbstätigen, also vorwiegend die Jungen, über die höheren Lohnabgaben. Diese Mogelpackung gilt es offenzulegen. Wir müssen stattdessen heute Lösungen finden für eine langfristige und nachhaltige Sicherung der AHV. Dies wird bereits einen grossen Effort und eine hohe Kompromissbereitschaft der Gesellschaft bedingen. Ein zielloser und nicht finanzierter Ausbau der AHV ist hingegen nicht zu verantworten. Ich sage deshalb klar Nein zur Gewerkschaftsinitiative für eine 13. AHV-Rente.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Jetzt QR-Code scannen
und mehr erfahren!

RENTENINITIATIVE ERKLÄRT

JA zur Renteninitiative am

3. März 



FDP
Die Liberalen

 Jungfreisinnige
Schweiz





Deine Spende zählt!
Sichern wir jetzt gemeinsam unsere AHV.

**RENTEN-
INITIATIVE JA**

alternative Bankverbindung *
Empfänger: Renteninitiative
Konto: 15-357311-9
IBAN: CH78 0900 0000 1535 7311 9

Jetzt mit TWINT
spenden!

 QR-Code mit der
TWINT-App scannen
 Betrag und Spende
bestätigen



* Ihre Spende geht direkt an den Verein Renteninitiative

Fotobox zur Renteninitiative an der DV 2024 in Zug.



Sichern wir unsere Renten langfristig!

Entpolitisierung des Rentenalters

Unser Rentensystem ist aus dem Gleichgewicht. Der AHV droht über die nächsten 25 Jahre ein kumuliertes Defizit von über 100 Milliarden Franken. Die AHV-Renten zukünftiger Generationen sind folglich nicht mehr gesichert. Wie konnte das passieren?

Die Bevölkerung wird immer älter, es kommen weniger Kinder auf die Welt und eine halbe Million Babyboomer erreichen in den nächsten zehn Jahren das Rentenalter – so viele wie noch nie. Um den Generationenvertrag zu sichern und unsere verfassungsmässige Verantwortung zu erfüllen, ist es unerlässlich, jetzt für sichere Renten – sowohl für die heutige als auch für kommende Generationen – zu sorgen.

Vier Optionen zur Sicherung der AHV-Renten

Letztlich existieren vier Optionen zur Sicherung unserer AHV-Rente: Rentenkürzungen, der Anstieg der Mehrwertsteuer oder der Lohnabgaben oder die Erhöhung des Rentenalters. Rentenkürzungen und die weitere Erhöhung von Mehrwertsteuer oder Lohnabgaben gilt es zu vermeiden. Es sind kurzfristige Massnahmen, die tiefere Einkommen und Junge belasten. Die zentrale Stellschraube

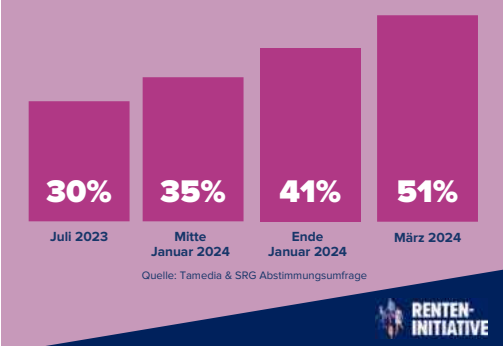
zur Sicherung der Renten ist das Rentenalter. Ohne den Mut, das Rentenalter zu erhöhen, bleiben vermeintlich grosse AHV-Reformwürfe nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

Strukturelle Reformen nötig

Ein höheres und flexibles Rentenalter liefert die lang ersehnte strukturelle Reform: Die Anzahl Rentner pro Beitragszahler verkleinert sich und die Einnahmen aller Altersvorsorgesysteme steigen.

Die Erhöhung und Flexibilisierung des Rentenalters durch die Renteninitiative bilden einen Rahmen. Nicht alle Berufsgattungen können oder wollen länger arbeiten. Vor allem körperlich anstrengende Berufe gilt es zu unterstützen. Damit wir sozial reformieren, bleiben branchenspezifische Lösungen, wie beispielsweise die Frühpensioenierung im Bau, weiterhin möglich.

GEBEN WIR VOLLGAS IM ABSTIMMUNGSKAMPF FÜR NACHHALTIGE RENTEN



Entpolitisierung des Rentenalters

Mit der Renteninitiative schaffen wir einen moderaten Reformvorschlag. Dank der Entpolitisierung des Rentenalters passen wir die AHV der demografischen Realität an und sanieren sie für zukünftige Generationen. Lösen wir uns endlich von einer scheiternden «Pflasterlipolitik» und sichern wir unsere Renten nachhaltig. Für eine starke AHV – heute und auch in Zukunft.

Andrea Caroni, Ständerat AR und Vizepräsident der FDP.Die Liberalen Schweiz

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

FDP
Die Liberalen

Diese Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug am 20. Januar 2024 gefasst. Über die Parole für die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit», über die ebenfalls am 9. Juni 2024 abgestimmt wird, wird an der Parteipräsidentenkonferenz im April befunden werden.

Abstimmungen vom 3. März 2024



JA

Renteninitiative



NEIN

13. AHV-Rente

Abstimmungen vom 9. Juni 2024



NEIN

Kostenbremse-Initiative



NEIN

Prämien-Entlastungs-Initiative



JA

Mantelerlass

(Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien)

Weitere Abstimmungen



JA

Autobahnausbau

Sitzung des Auslandschweizerrats vom 18. August 2017 im Rathaus von Basel. Foto: Auslandschweizer-Organisation / Adrian Moser



Porträt der Auslandschweizer-Organisation

Gute Zusammenarbeit mit der FDP International

Die FDP International hat drei Kernaufgaben. Erstens informieren wir unsere Mitglieder über das politische Geschehen in der Schweiz und die Positionen der FDP Schweiz dazu. Zweitens bringen wir Meinungen, Erfahrungen und die Aussensicht auf die Schweiz in die Mutterpartei ein, und drittens setzen wir uns in der Partei, im Parlament und bei den Behörden für liberale Lösungen ein, die das Leben im Ausland einfacher machen.

Dabei hat sich die Zusammenarbeit mit der Auslandschweizer-Organisation ASO bewährt. Die Auslandschweizer-Organisation ist eine parteipolitisch unabhängige Stiftung, die sich für die Erhaltung der Verbindung zwischen der Schweiz und ihren Bürgerinnen und Bürgern im Ausland einsetzt. Das Herz schlägt in Bern, am Geschäftssitz der Direktion. Dieser kümmert sich um die vier Hauptaufgaben, siehe Kasten. Zudem pflegt das Team die Kontakte zum Parlament. Die direkte Ansprechpartnerin dort ist die Parlamentarische Gruppe Auslandschweizer.

Eine zentrale Rolle spielt der Auslandschweizererrat ASR, der die Anliegen der fünften Schweiz zur Diskussion bringt und Lösungen anstösst. Themen, bei denen die FDP International am gleichen Strick zieht, sind die Einführung von E-Voting, digitale Dienstleistungen der Behörden und in beschränktem Mass der Zugang zu einem Schweizer Bankkonto oder Verbesserungen der Sozialleistungen.

Unterstützt haben wir uns gegenseitig bei der Einführung des Auslandschweizergesetzes.

Der ASR – 140 Delegierte aus aller Welt

Nach einem Verteilerschlüssel, der die Grösse der Auslandschweizer-Gemeinschaft in den Ländern weltweit berücksichtigt, wählen die lokalen Schweizer-Clubs und Dachorganisationen ihre Delegierten in den Auslandschweizererrat. Die Delegierten treffen sich jährlich drei Mal zu ganztägigen Sitzungen, seit der Pandemie teils online.

Die Verbindungen der FDP International in die ASO

Die ASO ist parteipolitisch unabhängig, doch ohne Zusammenarbeit mit den politischen Parteien ist es kaum möglich, Einfluss zu nehmen. Im Vorstand der ASO sind denn auch die grössten Parteien mit Parlamentariern vertreten und stellen die Verbindung in die Fraktionen sicher. Für die FDP hat Laurent Wehrli zurzeit diese Rolle inne. Ich selbst

Die vier Hauptaufgaben der ASO

Vertreten

Durch Engagement des Auslandschweizerrates legitimiert die fünfte Schweiz ihre Anliegen in der Schweizer Politik.

Informieren

Informationen durch Revue, Newsletter, Pressemitteilungen.

Vernetzen

ASO vernetzt die Schweiz international.

Beraten

Unser Rechtsdienst bearbeitet Fragen zum Auswandern und Leben im Ausland mit über 500 Anfragen pro Jahr.

Quelle: www.swisscommunity.org

bin ASR-Delegierte für die Türkei und arbeite ebenfalls mit im ASO-Vorstand. Direkter kann der Informationsaustausch kaum funktionieren. Kommt dazu, dass nicht weniger als zehn weitere Delegierte unserer Partei angehören. Zusammen bilden wir eine starke Fraktion.

Helen Freiermuth, Präsidentin FDP International

Fabian Grepper im Gespräch bei der «Rainbow Platform». Foto: Rainbowplattform/Daniel Csomor



Vielfalt als Schlüssel zum Erfolg

Die liberale Speerspitze für mehr Diversität in der Politik

Die «Rainbow Platform» ist das Diversity-Programm der Liberalen Europapartei ALDE. Ungefähr zehn Prozent der Europäer sind Teil der LGBTQI+ Community, dennoch sind weniger als ein halbes Prozent der politischen Mandatsträger in Europa offen queer. Die liberalen Parteien bilden hier keine Ausnahme. Aus diesem Grund haben wir die «Rainbow Platform» geschaffen.

Unser Ziel: eine gleichberechtigte Vertretung von LGBTQI+-Menschen in der Politik zu erzielen. Sie basiert auf der Idee, LGBTQI+-Stimmen mehr Gehör zu verschaffen, indem wir Vorbilder schaffen, die zu politischem Engagement und Wandel inspirieren können. Hierfür organisieren wir Seminare und Schulungen und ermöglichen eine Plattform für Austausch, Vernetzung und Unterstützung von LGBTQI+-Politikern und -Parteien in ganz Europa. Bereits 34 Parteien sind Teil unseres Netzwerks, und wir konnten zahlreiche Mandatsträger aus ganz Europa als Botschafter für unser Projekt gewinnen.

Einstehen gegen Homophobie

Wir sehen einen wachsenden Backlash gegen die Rechte von Schwulen, Lesben oder Transsexuellen in ganz Europa. «LGBT-freie Zonen» in

Polen, die Aberkennung der Elternschaft in Italien und vieles mehr. Auch in der Schweiz nimmt die Zahl der Gewalttaten und Hass gegen Homosexuelle stark zu. Dagegen müssen wir als Gesellschaft und insbesondere wir als Liberale entschieden antreten und entschlossen dagegen ankämpfen.

Gestärkte Parteistrukturen durch Vielfalt

Im vergangenen Frühsommer stieg ich in Zürich in ein Flugzeug nach Brüssel. Mein Auftrag: Gespräche über den Beitritt der FDP. Die Liberalen zum LGBTQIA+-Programm unserer Europapartei ALDE, der «Rainbow Platform». Unter der Leitung von Michell Boers, dem Talent Manager unserer niederländischen Partnerpartei VVD, sprachen wir darüber, wie Parteistrukturen durch Vielfalt gestärkt werden können.

Chancengleichheit vs. Quoten

Doch was bedeutet eine vielfältige Führung einer Partei? Es geht um die Abbildung unserer Gesellschaft und ihrer Vielfalt in all ihren Facetten und Schattierungen. Als Liberale sind wir keine Fans von Quoten. Doch wie stellen wir sicher, dass wir zugleich eine vielfältige Spitze, aber dennoch die besten Köpfe in diesen Funktionen haben? Wir müssen Strukturen schaffen, welche allen Menschen unabhängig ihres Hintergrundes dieselben Chancen bieten – im Grunde ein Kernanliegen des Liberalismus... Chancengleichheit. Diese Chancengleichheit muss jedoch geschaffen werden. Oftmals braucht es dafür nicht viel mehr als etwas Unterstützung, Vorbilder und die richtigen Werkzeuge.

«Wir müssen Strukturen schaffen, welche allen Menschen unabhängig vom Hintergrund die gleichen Chancen bieten.»

Schweizer Kantonalpräsidenten für Beitritt

Nach meiner Rückkehr stellte ich mir die Frage, wie die FDP von einer Teilnahme profitieren könnte. Im November war es schliesslich so weit, im Radikal-Vorstand wurde einstimmig beschlossen, den Antrag auf Beitritt dem Vorstand der FDP einzureichen. Dieser nahm sich unseres Anliegens an und hat eine positive Empfehlung zuhanden der Parteipräsidenten-Konferenz ausgesprochen. Wir freuen uns sehr, dass die PPK dem Beitritt zur «Rainbow Platform» mit 24 gegen eine Stimme bei drei Enthaltungen zugestimmt hat.

Diese überwältigende Unterstützung ist ein starkes Zeichen. Ein Zeichen, welches verdeutlicht, dass wir als Partei für Vielfalt und Toleranz einstehen.

Fabian Grepper, Vorstandsmitglied FDP Radikal



[Link zur «Rainbow Platform».](#)

Money, Money, Money

Geld ist Frauensache

FDP Frauen teilen ihre Tipps für eine nachhaltige Finanz- und Vorsorgeplanung.



Florence Pärli Schmid, 33, Stadträtin Bern, Juristin im Steuerrecht:

«Anfang Jahr erstelle ich immer ein Budget und lege meine Sparbeiträge fest, so auch die Rückstellung für die jährliche Einzahlung in die Säule 3a. Bei einer Lohnsteigerung prüfe ich zudem mögliche Einkäufe in die Säule 2. Mit solchen Einkäufen kann ich mein Einkommen im Alter erhöhen und gleichzeitig Steuern sparen.»



Nadine Jürgensen, 42, Start-up-Unternehmerin, Juristin, Journalistin:

«Frauen sind reflektierte Anlegerinnen, da sie Risiken abwägen und langfristiger und oft nachhaltig investieren. Wir machen jedes Jahr für unsere Familie unser Budget und ermitteln unsere Sparquote – den Notgroschen habe ich gestaffelt in Festgeld investiert. Wir zahlen monatlich in die Säule 3a ein, da mein Mann und ich beide berufstätig sind, und zudem habe ich einen ETF-Sparplan aufsetzen lassen, auf den wir automatisch einzahlen, wenn der Lohn kommt.»



Doris Fiala, 66, alt Nationalrätin, Senior Advisor im Bereich Cyber Security:

«Meine wichtigste Anlage ist eine Immobilienanlage in Samedan. In eigene vier Wände zu investieren, scheint mir auf Dauer nachhaltig. Es gibt dafür gemäss Immobilien-Experten drei Tipps: 1. Lage, 2. Lage, 3. Lage! Mehr spielerisch, nicht als eine seriöse Empfehlung zu deuten, investierte ich zudem in einen Bitcoin.»



Gioia Porlezza, 30, Stadträtin Winterthur, Leiterin Öffentlichkeitsarbeit:

«Man muss keine grosse Ahnung von Finanzen haben, um in seine private Vorsorge zu investieren. Einmal informieren, Dauerauftrag einrichten, fertig. Hauptsache, man macht's!»



Maja Riniker, 45, Nationalrätin:

«Finanzkompetenz ist zentral. Ich führe verschiedene Sparkonti und lege jeden Monat Geld zur Seite für Vorsorge, Ferien, Unterhalt, Hypothekarzinsaufwände, Versicherungen, Auto... das hilft.»



Anna Marty, 36, Berufsschullehrerin, Präsidentin der FDP Frauen SZ:

«Als berufstätige Mutter kümmere ich mich selbst um meine finanzielle Sicherheit. Durch diversifiziertes Anlegen schaffe ich nicht nur Schutz vor Unsicherheiten, sondern eröffne auch Chancen für eine sorglose Zukunft.»



Maja Freiermuth, 32, Senior Beraterin Kommunikation:

«Beim Thema «Vorsorge» ist vor allem etwas wichtig: früh anfangen. Wir Frauen haben oft das Gefühl, dass wir nicht starten können, wenn wir nicht alles über ein Thema wissen. Beim Vorsorgen hat das aber verheerende Folgen. Aufgrund der Zinseszinsen zählt nämlich jedes Jahr, welches wir früher in die dritte Säule einzahlen – auch dann, wenn es nur Kleinbeträge sind.»



Susanne Vincenz-Stauffacher, 57, Nationalrätin, Anwältin, Präsidentin FDP Frauen:

«Beteiligt euch aktiv an der politischen Debatte, die über die Zukunft unserer Portemonnaies und Renten entscheidet!»



Revolution der politischen Kommunikation

Über die traditionellen sozialen Netzwerke hinaus

«Künstliche Intelligenz (KI) stellt die Zukunft der politischen Kommunikation dar. Ihr Potenzial zur Personalisierung von Botschaften und zur Analyse von Wählerdaten eröffnet völlig neue Möglichkeiten.»

Politische Parteien und Medien, die früher von Plattformen wie Facebook und Twitter dominiert wurden, suchen nach neuen Wegen, um ihr Publikum zu erreichen.

Die traditionellen sozialen Netzwerke, die einst die bevorzugten Kanäle für die politische Kommunikation waren, verlieren an Bedeutung. Der Hauptgrund dafür? Ihre Algorithmen. Diese geheimen Formeln filtern und verändern die Reichweite politischer Botschaften, schaffen Echokammern und schränken die Meinungsvielfalt ein. Dieses Phänomen hat die verschiedenen Akteure, darunter auch die Parteien, dazu veranlasst, nach effektiveren Alternativen für die direkte Kommunikation mit ihren Zielgruppen zu suchen.

Der Aufstieg der Instant Messenger

Um Innovationen zu erkennen, hilft ein Blick Richtung Think Tanks. So veröffentlichte das Nieman-Lab, eine der Harvard-Universität nahestehende Stiftung, im November 2023 einen Artikel, in dem beschrieben wurde, wie die Medien Messenger-Dienste nutzen, um ihr Publikum zu erreichen. Die FDP startete im selben Atemzug ihren Whatsapp-Kanal und hat bereits über 1000 Follower.

Warum gerade die Instant Messenger? WhatsApp, Threema oder Telegram bieten eine glaubwürdige und effiziente Alternative zu den klassischen

Netzwerken. Frei von algorithmischen Zwängen ermöglichen sie eine direktere und persönlichere Verbreitung von Nachrichten. Politische Parteien haben daher die Möglichkeit, diese Vorteile zu nutzen, um stärkere Bindungen zu ihren Sympathisanten und Mitgliedern aufzubauen, indem sie gezielte Botschaften verbreiten und Unterstützungsbasen, in einem nie dagewesenen Ausmass, mobilisieren. Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, dass sie ein gefürchtetes Instrument sind, um schnell falsche Informationen zu verbreiten. Ein weiteres Problem ist, dass es schwierig ist, Statistiken über die Reichweite der Botschaften zu erhalten. Trotzdem werden diese Instrumente von Medien und Parteien immer häufiger eingesetzt.

Politische Kommunikation mit künstlicher Intelligenz

Künstliche Intelligenz (KI) stellt die Zukunft der politischen Kommunikation dar. Ihr Potenzial zur Personalisierung von Botschaften und zur Analyse von Wählerdaten eröffnet völlig neue Möglichkeiten. Parteien können KI nutzen, um die Anliegen der Wähler zu verstehen, ihre Kommunikation an-

zupassen und Trends vorherzusagen. Allerdings wirft dieser Fortschritt auch ethische Fragen und Bedenken hinsichtlich der Privatsphäre auf. Die Parteien werden zwischen der Effektivität dieser Werkzeuge und der Einhaltung demokratischer Normen navigieren müssen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die politische Kommunikation im Jahr 2024 die ausgetretenen Pfade der traditionellen sozialen Netzwerke verlassen und neue, direktere und persönlichere Kanäle starten wird. Der Einzug der KI bietet zudem enorme Möglichkeiten, Prozesse zu vereinfachen und in der Kommunikation effizienter zu sein. Es stimmt, dass wir in der Schweiz dazu neigen, bestimmte Veränderungen erst spät zu integrieren. Es wird daher interessant sein, die Entwicklung der Kommunikationswerkzeuge für politische Parteien zu beobachten. Die Zukunft verspricht mit der KI spannende Innovationen, aber auch Herausforderungen in Bezug auf Ethik und Verantwortung.

Arnaud Bonvin,
Kommunikationschef FDP Schweiz

Rückblick Wintersession

Auch Spass darf sein: Nationalräte Jacqueline de Quattro (VD) und Peter Schilliger (LU) während der Wintersession.
Foto: Parlamentsdienste 3003 Bern / Franca Pedrazzetti



Lichtblick und Schatten

Die zwei wichtigsten Geschäfte

«In der Gesundheitspolitik existieren zahlreiche Baustellen, sei es im Bereich der Digitalisierung, bei der Versorgungssicherheit oder bei der Eliminierung weiterer Fehlanreize.»

Das Parlament schafft endlich den Durchbruch in der Gesundheitspolitik und ringt sich zu einem Budget durch. Die zwei wichtigsten Geschäfte der Wintersession im Überblick.

Es ist vollbracht: Nach 14 Jahren Beratung macht das Parlament den Weg frei für eine der grössten Reformen im Gesundheitswesen des letzten Jahrzehnts. Die einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen – kurz EFAS – wird helfen, die Kosten im Gesundheitswesen zu dämpfen.

Positives Signal für die neue Legislatur

Im Kern geht es bei EFAS darum, dass künftig alle Gesundheitsleistungen nach einem gleichen Berechnungsschlüssel finanziert werden. Behandlungen mit Spitalübernachtung (stationär) werden heute zu mindestens 55 Prozent durch den Kanton mit Steuergeldern bezahlt, 45 Prozent trägt die Krankenkasse. Ambulante Behandlungen (beispielsweise Hausarzt, Spezialisten) werden ausschliesslich durch die Krankenversicherer bezahlt. So werden in der Schweiz weniger als 20 Prozent der Operationen ambulant durchgeführt. Andere Länder erreichen einen Anteil von rund 80 Prozent. Fallen die Spitalübernachtungen weg, werden nicht nur Kosten eingespart, sondern auch das Infektionsrisiko vermindert.

Weitere Baustellen

Es ist erfreulich, dass eine deutliche und parteiübergreifende Mehrheit des Parlaments die wichtige Reform unterstützt. Wer nun aber meint, die Arbeit sei getan, irrt sich. In der Gesundheitspolitik existieren zahlreiche Baustellen, sei es im Bereich der Digitalisierung, bei der Versorgungssicherheit oder bei der Eliminierung weiterer Fehlanreize. Um die Herausforderungen gemeinsam meistern zu können, muss im EDI ein neuer Wind wehen. Ob dafür Elisabeth Baume-Schneider die richtige Frau ist, ist zu bezweifeln. Die Bundesrätin muss ihre Arbeitsweise ändern. Ansonsten wird sie Schiffbruch erleiden. Zum Schaden des Landes.

Zankapfel Finanzierung UNWRA

Die Budgetberatungen in der Wintersession waren von intensiven Diskussionen geprägt. Der Prozess erstreckte sich über mehrere Sitzungen in beiden Räten und in den vorberatenden Kommissionen und endete mit einer abschliessenden Einigungskonferenz. Die Herausforderung bestand darin, ein schuldenbremsenkonformes Budget zu verabschie-

den. Nachdem der grösste Teil des Budgets bereinigt war, rückten einige Knackpunkte in den Mittelpunkt der Diskussion. So auch der Budgetposten für humanitäre Aktionen, wo eine Kürzung von 20 Millionen Franken bei der UNWRA zur Diskussion stand. Der Bundesrat sprach sich gegen diese Kürzung aus. Andere stimmten für die Kürzung, da der UNWRA unter anderem vorgeworfen wird, antisemitisches Schulmaterial zu verbreiten. Die Einigungskonferenz und der Rat einigten sich schliesslich auf eine Kürzung um 10 Millionen Franken, wobei allerdings die Zweckbindung der Kürzung für die UNWRA aufgehoben wurde.

Düstere Aussichten für die Schuldenbremse

Trotz der erfolgreichen Verabschiedung des Voranschlags 2024 und des Finanzplans für die Jahre 2025 bis 2027 ist die FDP besorgt über die düsteren finanziellen Aussichten. Anstelle von Steuererhöhungen oder einer weiteren Anhebung der Mehrwertsteuer ist fortan eine Prioritätensetzung auf der Ausgabenseite unabdingbar. Die Schuldenbremse darf dabei auf keinen Fall aufgeweicht werden.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

Damien Cottier beim Hearing mit Bundesratskandidat Jon Pult.



Eine verantwortungsvolle und vernünftige Wahl

Prinzipien der Schweizer Institutionen

Über den Text der Verfassung hinaus gibt es ein schweizerisches Verständnis der Institutionen. Dieses Verständnis ist eine Haltung gegenüber unseren Institutionen, dem Land und den Sensibilitäten, aus denen es sich zusammensetzt.

Zwei Prinzipien der Institutionen

Im Laufe der Jahrzehnte hat er sich insbesondere in zwei Prinzipien niedergeschlagen: zum einen in der Konkordanz, die besagt, dass in der Schweiz über die Parteigrenzen hinweg nach Lösungen gesucht wird. Und zum anderen in der bemerkenswerten Stabilität unserer Institutionen, die sich zwar weiterentwickeln, aber nur selten einen Aufbruch und nie eine Revolution erlebt haben. Diese beiden Eigenschaften haben der Schweiz und ihrer Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität gebracht.

Kein Grund für Änderung der Zauberformel

Die FDP.Libérale-Fraktion ist die Bundesratswahlen vom 13. Dezember 2023 mit diesen Elementen im Hinterkopf angegangen. Für sie war klar, dass es keinen Grund gab, die Regierungsformel zu ändern. Die geschah aus mindestens drei Gründen:

1. Das System sieht vor, dass die drei wählerstärksten Parteien jeweils zwei und die vierte Partei einen Vertreter in die Regierung entsenden. Diese Reihenfolge der Parteien veränderte sich nicht durch die Wahlen.

2. Selbst wenn es am 22. Oktober 2023 zu einer Änderung in der Reihenfolge der Parteien gekommen wäre, gibt es die Praxis der Bundesversammlung, mit Änderungen zu warten, bis eine Partei ihr Ergebnis bestätigt hat. So musste die SVP, die 1999 zur stärksten Partei des Landes wurde, bis 2003 warten, bevor sie einen zweiten Sitz erhielt.

3. Schliesslich ist es üblich, dass die Bundesversammlung die bisherigen Bundesräte wiederwählt. Ignazio Cassis und Karin Keller-Sutter leisten hervorragende Arbeit für unser Land. Zudem sind sie die einzigen Vertreter ihrer Region: der italienischen Schweiz und der Ostschweiz, obwohl die Verfassung (Art. 175 Abs. 4) verlangt, «dass die Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind».

Erfreulicher Ausgang der Wahlen

Bis in die Stunden vor der Wahl herrschte Ungewissheit über die tatsächlichen Absichten der einzelnen Parteien. Der Austausch zwischen den Fraktionen und Parteien war bis zum letzten Moment intensiv. Es galt, einige mehr oder weniger

«In einer Welt voller Krisen hat sich die Bundesversammlung für die Stabilität der Regierung entschieden.»

geschickte oder ernsthafte Manöverversuche zu entlarven, um die Risiken zu minimieren und Überraschungen zu vermeiden. Und natürlich musste man sich auf alle Szenarien vorbereiten.

Zu unserer Zufriedenheit hat die Bundesversammlung die Vision der FDP-Fraktion bestätigt. Sie hat die beiden FDP-Bundesräte klar wiedergewählt – mit höheren Stimmzahlen als 2019. In diesem Sinne wählte die FDP-Fraktion auch einen der beiden offiziellen Kandidaten der sozialdemokratischen Fraktion, Beat Jans, nachdem der Grossteil der Mitglieder dieser Fraktion die FDP-Kandidaten und damit die Konkordanz unterstützt hatten.

In einer Welt voller Krisen hat sich die Bundesversammlung für die Stabilität der Regierung entschieden. Dies war eine logische, vernünftige und verantwortungsvolle Wahl und ein guter Start in eine Legislatur, in der es an Herausforderungen nicht mangelt!

Damien Cottier, Nationalrat (NE) und Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen

Rückblick Bundesratswahlen

Bundesrat Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Gespräch. Foto: EDA / Pascal Lauener (2023)



Interview

Drei Fragen an die wiedergewählten Bundesräte

Wie haben Sie den Tag der Bundesratswahl erlebt?

Karin Keller-Sutter: «Nach den Ergebnissen der eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober war verständlicherweise eine gewisse Anspannung zu spüren – auch bei der FDP, deren Anspruch auf zwei Bundesratssitze von verschiedener Seite in Frage gestellt worden war. Der Tag selbst verlief dann aber relativ ruhig. Ignazio und ich konnten uns über eine klare Wiederwahl freuen. Einzig am Schluss, bei der Wahl der Bundespräsidentin und der Vizepräsidentin des Bundesrats, bekamen Viola Amherd und ich zu spüren, dass sich in mehreren Fraktionen ein gewisser Unmut über den Ablauf der Bundesratswahlen aufgestaut hatte.»

Ignazio Cassis: «Ich verfolgte die Bundesratswahlen am TV in meinem Büro. Selbstverständlich freute ich mich über die Wiederwahl von Karin und mir. Darauf stiess ich mit meinen engsten Mitarbeitenden an. Ein paar Freunde besuchten mich später im Büro. Viel Zeit zum Feiern blieb allerdings nicht. Schliesslich galt es noch, die wichtige Bundesratssitzung zu Europa am darauffolgenden Freitag vorzubereiten.»

Wo legen Sie Ihre Prioritäten in der neuen Legislatur?

Karin Keller-Sutter: «Klar im Zentrum stehen werden die Bundesfinanzen. Weil höhere Ausgaben für die Armee, die Altersvorsorge und die Ukraineerflüchtlinge anstehen, werden die Budgets der kommenden Jahre sehr anspruchsvoll. Sollten die Initiativen für eine 13. AHV-Rente und für höhere Prämienverbilligungen angenommen werden, käme der Bundeshaushalt noch mehr unter Spardruck. Mehreinnahmen wären unumgänglich. Daneben wird auch die Regulierung des Finanzplatzes im Fokus stehen, insbesondere die Weiterentwicklung der «Too big to fail»-Regeln im Nachgang zum Untergang der Credit Suisse.»

Ignazio Cassis: «Zentral wird das Europadossier sein. Es ist von grundlegender Bedeutung, den bilateralen Weg zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Zudem werden die Bundesfinanzen im Fokus stehen: Es wird nicht einfach, in der Bundesverwaltung und im Parlament die Appetite zu dämpfen, nach so vielen Jahren Schönwetterlage. Karin wird im Finanzdepartement eine Schlüsselrolle übernehmen und die Verteilungskämpfe moderieren. Ich werde sie unterstützen.»

Was möchten Sie den Lesern und Leserinnen des «Freisinn» noch gerne sagen in Bezug auf die neue Legislatur?

Karin Keller-Sutter: «Nach einer Legislatur der Krisen – Pandemie, Ukrainekrieg, drohende Energiemangellage – müssen wir wieder Abstand nehmen von der Vorstellung, dass der Staat in allen Lebenslagen einfach einspringen und Leistungen garantieren kann. Zumal, ich habe es gesagt, finanzpolitisch anspruchsvolle Zeiten auf uns zukommen. Insgesamt bin ich aber zuversichtlich, weil die Schweiz gut aufgestellt ist und es uns im internationalen Vergleich immer noch gut geht – auch dank der soliden Finanzpolitik der vergangenen Jahre.»

Ignazio Cassis: «Die Wahlen 2023 sind ein Weckruf für die Schweiz und insbesondere für uns Freisinnige. Für die Schweiz, weil die Welt viel unruhiger geworden ist: Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand sind leider nicht mehr automatisch gesichert. Für die Freisinnigen eigentlich eine Opportunität, weil wir diejenigen sind, die für Freiheit und Eigenverantwortung stehen. Aber wir müssen wieder fähig sein, mit gutem Beispiel voranzugehen.»

Parteipräsident Thierry Burkart bei seiner Rede an der Delegiertenversammlung in Zug. Foto: Jannik Kaiser



der Fall. Die liberale Politik ist eine Politik mit Herz und für die Menschen.

Wo Not herrscht, sind wir einverstanden, dass der Staat hilft. Wir wollen Armut bekämpfen. Aber wir wollen sie dort bekämpfen, wo sie besteht, und nicht einfach mit der Giesskanne auch diejenigen beglücken, die nicht darauf angewiesen sind. Das ist liberale Politik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft. Wir setzen uns nicht ein für die Wirtschaft per se. Wir setzen uns ein für die Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land; für jene Menschen, die bereit sind, ein Risiko einzugehen; für jene Menschen, die innovativ sind; für jene Menschen, die Arbeitsplätze schaffen und Verantwortung für die Menschen übernehmen. Für diese Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger, für die Rahmenbedingungen ihrer Unternehmen, setzen wir uns ein.

«Die liberale Politik ist eine Politik mit Herz und für die Menschen.»

Ich freue mich, Sie heute in Zug so zahlreich begrüßen zu dürfen. Erlauben Sie mir, einen Gast heute ganz speziell zu begrüßen. Es ist unser ehemaliger Bundesrat Kaspar Villiger. Lieber Kaspar, es ist uns eine Freude und Ehre, dass du hier bist. Du bist und bleibst ein absolutes Aushängeschild und ein Leuchtturm unserer Partei, aber vor allem auch der liberalen Politik in diesem Land!

Ja, liebe Freisinnige, wir mussten am 22. Oktober ein Resultat entgegennehmen, das wir uns so nicht gewünscht hatten. Und wir müssen konstatieren: Wir verfehlten unsere Ziele. Wir müssen entsprechend kritisch auf unsere Arbeit zurückschauen.

In den letzten Wochen haben wir eine interne Analyse vorgenommen. Diese wird ergänzt durch eine externe Analyse. Und die Konsequenzen? Die werden wir in drei Arbeitsgruppen erarbeiten, die wir gerade gestern an der Parteipräsidenten-Konferenz eingesetzt haben. Eine Arbeitsgruppe ist zuständig für personelle, strukturelle und organisatorische Verbesserungen. Eine zweite befasst sich mit Fragen der Programmatik und definiert Anpassungen und/oder Themen, bei denen wir uns klar und besser positionieren müssen. Die dritte Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Stärkung unserer Kampagnenfähigkeit. Alle diese Erkenntnisse und Vorschläge für daraus fließende Massnahmen werden wir euch an der nächsten Delegiertenversammlung im Juni vorstellen.

Wenn ich aber zurückschauen auf die letzten Monate, dann darf ich sagen, dass ich sehr, sehr viele positive Aspekte mitnehmen konnte. Ich stellte fest, dass bei uns in der Partei, Unkenrufen zum Trotz, die Stimmung und die Motivation wirklich hervorragend sind. Man ist gerne bei der FDP; man engagiert sich bereitwillig für unsere Partei und setzt sich gerne ein für die Politik, die wir Freisinnige vertreten.

Denn unsere Partei, unsere Werte, unsere Politik braucht es mehr denn je! Wer soll dieses Land zukunftsfähig machen, wenn nicht wir Freisinnige? Nichtsdestotrotz müssen lernen, klar zu zeigen, dass wir für die Menschen Politik machen. Wir müssen aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger kommunizieren. Wir müssen aufzeigen, dass es zum Vorteil einer Wählerin und eines Wählers ist, wenn man FDP wählt. Wir müssen aufhören, in irgendwelchen abstrakten Gebilden zu kommunizieren. Und vor allem müssen wir lernen aufzuzeigen, dass die liberale Politik keine kalte, menschenfeindliche Politik ist. Nein, das Gegenteil ist

Auch bin ich überzeugt davon, dass es notwendig ist, dass wir Fragen der Bildungspolitik wieder vermehrt in Politik und Gesellschaft diskutieren. Ich weiss natürlich, Bildungspolitik ist primär Sache der Kantone. Das soll uns aber als nationale Partei nicht daran hindern, dass wir uns dazu Grundsatzüberlegungen anstellen, diese festlegen und dann in den Kantonen auch umsetzen. Die Freisinnigen wussten immer: Bildung ist wichtig für die Menschen in diesem Land, denn nur gut ausgebildete Menschen haben die Fähigkeit, etwas aus ihrem Leben zu machen und auf ihren eigenen Beinen zu stehen. Wir müssen feststellen, dass unsere Fähigkeiten, also der Output aus unserem Bildungssystem, nicht wirklich besser werden. Hier müssen wir ansetzen. Und ich glaube, hier gibt es viel zu tun.

Sie sehen, liebe Freisinnige, uns braucht es! Es braucht uns mehr denn je! Es gibt viel zu tun. Wir wollen es anpacken. Ich danke Ihnen jetzt schon dafür, dass Sie bereit sind mitzuarbeiten. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie bereit sind, sich für unsere Überzeugungen und für unsere Politik einzusetzen.

**Thierry Burkart, Parteipräsident
FDP.Die Liberalen Schweiz**

Wir geben diesen Auszug in Absprache mit dem Parteipräsidenten wieder. Es handelt sich um eine Transkription der mündlich gehaltenen Rede.

Delegiertenversammlung

Breite Unterstützung der Wirtschaftsverbände für die Renteninitiative.



Engagiert für realistische Lösungen

Die FDP stellt die Weichen für eine nachhaltige und reformorientierte Politik

Gleich sechs Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug gefasst. Über 350 Freisinnige setzten ein klares Zeichen für sichere AHV-Renten. Die Delegierten sprachen sich ebenfalls gegen eine weitere Verstaatlichung des Gesundheitswesens sowie für eine leistungsfähige Infrastruktur aus. Nach einer Schweigeminute für den verstorbenen alt Ständerat Dick Marty rief Parteipräsident Thierry Burkart die Parteibasis dazu auf, an der liberalen Grundgesinnung der Partei festzuhalten.



Bundsrätin Karin Keller-Sutter spricht zur Schuldenbremse.



Alt Bundesrat Kaspar Villiger nahm ebenfalls an der DV teil.



Ständerat Matthias Michel (ZG) im Gespräch mit Nationalrat und Fraktionspräsident Damien Cottier (NE).



Andri Silberschmidt erklärt den Delegierten das Vorhaben des Prämien-Entlastungs-Initiativkomitees.



Bundesrat Ignazio Cassis bei seiner Rede zur Europapolitik.



Bettina Balmer, Nationalrätin (ZH).



Nationalrat Heinz Theiler (SZ).



Regine Sauter informiert vor der Parolenfassung über die Kostenbremse-Initiative.

Simon Michel.



Bilaterale III

Entscheidende Weichenstellung für die Zukunft

Der bilaterale Weg ist ein Erfolgsmodell. Mit den Bilateralen III will die Schweiz die gute Beziehung zu unseren europäischen Partnern auch in Zukunft sicherstellen und weiterentwickeln. Insbesondere die SVP schimpft dies eine Unterwerfung, eine Anpassung, eine Unterjochung. Dabei geht es im Kern um die Fortführung unseres «Schweizer Modells». Aber auch in unseren Reihen gibt es skeptische Stimmen. Deshalb ist es wichtig, dass wir das finale Verhandlungsergebnis des Bundesrates abwarten. Gleichzeitig aber sollten wir uns die Frage stellen, was denn die Alternativen sein könnten.

Die Schweiz ist mit Europa wirtschaftlich und gesellschaftlich eng verbunden. Über 50 Prozent unserer Exporte gehen in Länder der EU, gegen 70 Prozent der Importe kommen aus Ländern der EU. Das Handelsvolumen beträgt über 1 Milliarde Franken pro Arbeitstag. Wir teilen gemeinsame Werte, Geschichte und Kultur.

Bilaterale Verträge vs. Freihandelsabkommen

Als zentrales Bindeglied zwischen der Schweiz und der EU agieren die bilateralen Verträge. Sie gehen wesentlich weiter als Freihandelsabkommen, bei

denen es in erster Linie um den Abbau von Zöllen geht. Die bilateralen Verträge beinhalten in Bezug auf Güter insbesondere auch Produktzulassungen, gemeinsame Standards oder den Zugang zu gemeinsamen Datenbanken mit fehlerhaften Produkten. Ein Produkt, das in der Schweiz hergestellt und zugelassen wird, kann damit automatisch auch in Ländern der EU verkauft werden und umgekehrt.

Die bilateralen Verträge sind eine massgeschneiderte Lösung für beide Seiten. Sie sind ein Erfolgsmodell für die Schweiz, jedoch auch ein Sonderweg für die EU. Ein Sonderweg, der sich in

den letzten Jahren langsam zu einer unbefestigten Strasse entwickelt hat und irgendwann enden könnte, wenn er nicht neu befestigt wird. Swissem spricht deshalb auch von einem «dringend notwendigen Service».

Verhandlungsrahmen mit sektoriellen Abkommen

Der Bundesrat hat es geschafft, in den Sondierungsgesprächen einen neuen Verhandlungsrahmen mit sektoriellen Abkommen aufzusetzen. Ein Modell ohne horizontale, institutionelle Verpflichtungen.



«Eines ist jedoch klar:
Das Nichtstun, die Erosion,
das Auslaufen der Verträge
ist keine Option.»



Maroš Šefčovič, EU-Vizekommissionspräsident und Verantwortlicher für das Schweiz-Dossier. Foto: Europäische Union (2023)

tungen, wie das bei weiterführenden Freihandelsabkommen der Fall ist, stattdessen mit klaren Regeln pro Abkommen mit für die Schweiz vorteilhaften Ausnahmen. Dadurch sollen die Bilateralen I und II abgesichert und neue Kooperationen, zum Beispiel im Zugang zum Strommarkt, ermöglicht werden.

Nichtstun ist keine Option

Die Verhandlungen mit der EU werden voraussichtlich diesen März beginnen. Wie hoch der Preis für das Paket der Bilateralen III schlussendlich sein wird, wird sich im Detail erst in rund einem Jahr zeigen. Eines ist jedoch klar: Das Nichtstun, die Erosion, das Auslaufen der Verträge ist keine Option. Dadurch würden unweigerlich auch Errungenschaften wie Schengen/Dublin wegfallen, und die Schweiz würde zu einem Drittstaat, mit all seinen Konsequenzen beim Reisen, beim Handeln, beim Zugang zu Arbeitsstellen, usw.

Ohne die Bilateralen III gibt es keine Aktualisierung bestehender Abkommen mehr. So hat die

EU-Kommission 2019 die Börsenäquivalenz nicht verlängert. Unsere Forschenden und Schulen zahlen den Preis für den Verlust der Assoziierung bei Horizon Europe oder Erasmus. Die Nichtaktualisierung des MRA (Mutual Recognition Agreement) hat die Schweizer Medtech-Branche faktisch über Nacht als erste von 20 Branchen vom EU-Markt ausgeschlossen. Aufwendige Produktneuzulassungen waren notwendig. Weitere Branchen, wie Baustoffe, Spielwaren oder Maschinen, folgen ab 2026, wenn wir bis dann keine Lösung haben.

Bilaterale Abkommen als Königsweg

Bleibt die Alternative eines erweiterten Freihandelsabkommens basierend auf jenem von 1972, wie es von Gegnern des bilateralen Wegs gerne ins Spiel gebracht wird. Ein Freihandelsabkommen schliesse jedoch die Landwirtschaft mit ein, führte zur Übernahme von Sozial- und Umweltnormen und stünde in Konflikt mit den staatlichen Beihilfen, Stichwort Kantonalbanken. Ist das mehrheits-

fähig? Es darf bezweifelt werden. Der bilaterale Weg ist und bleibt der Königsweg.

Mit den Bilateralen III haben wir die Chance, die Beziehungen mit der EU zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Als Unternehmer, FDP-Nationalrat und APK-Mitglied werde ich mich für eine gute Vorlage einsetzen. Dem Verhandlungsteam wünsche ich viel Erfolg und Durchhaltewillen!

Simon Michel, Nationalrat SO und CEO Ypsomed Holding AG



FDP-Position zu Europa.

Pressekonferenz der FDP zur Migrationspolitik (2023). Fotos: Jannik Kaiser



Seit vielen Jahren beschäftige ich mich mit dem Thema Migration. In der letzten Session wurden zwei meiner drei Motionen, die der Ständerat bereits angenommen hatte, auch vom Nationalrat angenommen.

Die eine betraf die Forcierung der Dublin-Rückführungen nach Italien, die Italien seit Dezember 2022 verweigert, die andere die konsequente Rückführung von algerischen Staatsangehörigen, die unser Land verlassen müssen. Die letzte wurde unverständlicherweise von der gesamten Linken und mithilfe der Mitte abgelehnt. Mit dieser Motion sollte eine Lösung für die Rückführung von eritreischen Staatsangehörigen gefunden werden, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die in ihr Herkunftsland zurückkehren müssen, da ihnen kein internationaler Schutz zusteht.

FDP-Migrationsprogramm «Hart, aber fair»

Seit den eidgenössischen Wahlen im Herbst polarisiert das Thema Migration die Schweizer Politik. Die einen wollen die Türen unseres Landes weit öffnen und die anderen wollen sie doppelt verriegeln. Leider führt diese von Schwarz-Weiss-Denken geprägte Weltsicht nicht weiter. Aus diesem Grund hat die FDP bereits Jahre zuvor das Migrationsprogramm «Hart, aber fair» lanciert und hält daran fest. Es steht für unsere Migrationspolitik, die ausgewogen und menschlich sein muss, aber unerbittlich gegenüber jenen Migranten, die in der Schweiz Straftaten begehen, sich nicht an unsere Gesetze halten und versuchen, unser System auszunutzen.

Diese ausgewogene Politik ist vielleicht weniger spektakulär als das Einnehmen von scharfen oder gar extremen Positionen, die in der Tatsache keine Lösung für das Problem bieten, sondern im Gegenteil die Polarisierung innerhalb unserer Gesellschaft verstärken und die Akzeptanz für unser noch funktionierendes Asylsystem schwinden lassen.

Vor allem aber vergisst die FDP nicht, dass die Migration das Schicksal von Menschen, unseren Mitmenschen, widerspiegelt. Deshalb müssen wir diese Menschlichkeit im Auge behalten, wenn wir über Migration sprechen. Es ist uns ein zentrales Anliegen, mit unserem Handeln unserer langjährigen humanitären Tradition gerecht zu werden.

Der UNO-Migrationspakt von 2018

Die internationale Gemeinschaft hat am 10. Dezember 2018 den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (Migrationspakt) verabschiedet. Der Migrationspakt basiert auf den internationalen Menschenrechten und bekräftigt die Verpflichtung der Staaten, alle Menschenrechte für alle Migranten zu achten, zu schützen und umzusetzen. Bei der Eröffnung der Konferenz in Marrakesch bezeichnete UN-Generalsekretär António Guterres den Pakt als «Fahrplan zur Verhinderung von Leid und Chaos». Er

«Hart, aber fair» steht für unsere Migrationspolitik, die ausgewogen und menschlich sein muss, aber unerbittlich gegenüber jenen Migranten, die in der Schweiz Straftaten begehen, sich nicht an unsere Gesetze halten und versuchen, unser System auszunutzen.»



«Ich bin der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, uns international an der Bewältigung der Migrationskrise zu beteiligen, dabei aber unser Schweizer Rechtssystem und unsere unabhängige Migrationspolitik zu bewahren.»



Ständerat Damian Müller an der DV in Kreuzlingen (2023).

betonte, dass der Pakt kein neues Recht auf Migration und die Pflicht, Migranten aufzunehmen, schafft, sondern stellte klar, dass «Migranten unabhängig von ihrem Status Menschenrechte geniessen sollten». Zudem sollen Migrationsgründe reduziert und die internationale Zusammenarbeit bspw. für die Rückkehr von Migranten verbessert werden.

Überprüfung aufgrund von Vorbehalten in der Bevölkerung

Das Parlament stand seiner Unterzeichnung damals zögerlich gegenüber. Dies, nachdem grosse Vorbehalte aus der Bevölkerung geäussert wurden. Nun hat der Bundesrat, nachdem die Frage zu Soft-Law ausführlich behandelt und dargelegt wurde, einen Bericht zu den Auswirkungen des Paktes vorgelegt. In seinem Bericht zeigt das EDA auf, dass der Pakt nur Soft Law-Bestimmungen enthält und keine negativen Auswirkungen ersichtlich sind. Der Pakt beinhaltet also keine rechtlichen Verpflichtungen für die Schweiz, sondern empfiehlt lediglich bestimmte Massnahmen, die ergriffen werden sollten. Angesichts dieser überzeugenden Erklärungen schlug ich in der aussenpolitischen Kommission des Ständerates vor, dass die Schweiz den Migrationspakt unterzeichnet und sich dem Konzert der Nationen anschliesst.

Annahme nur, wenn mit schweizerischem Recht vereinbar

Dies jedoch nicht, ohne die Ängste aus der Bevölkerung zu adressieren und nötige Klarstellungen und Vorbehalte festzuhalten. So möchte ich mit meinem Antrag sicherstellen, dass die Annahme des Paktes mit dem geltenden schweizerischen Recht vereinbar ist und sich durch den Beitritt keine Änderung begründen lässt. Zudem sollen künftige Weiterentwicklungen der Bundesversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Weiter wird klargestellt, dass gewisse Massnahmen von der Schweiz nicht mitgetragen werden, beispielsweise was Einschränkungen der Medienfreiheit anbelangt.

Ich bin der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, uns international an der Bewältigung der Migrationskrise zu beteiligen, dabei aber unser Schweizer Rechtssystem und unsere unabhängige Migrationspolitik zu bewahren. Deshalb bin ich der Meinung, dass es für die Schweiz an der Zeit ist, den Migrationspakt zu unterzeichnen, da dieser unser Asylgesetz nicht tangiert. Denn für uns gilt nach wie vor: Rückführungen haben absolute Priorität und wir halten unmissverständlich an unserer Haltung «Hart, aber fair» fest!

Damian Müller, Ständerat LU

Roger Federer 2005 in Wimbledon. Wikimedia Commons



Grand Slam für die Energiepolitik

Ja zur sicheren Stromversorgung

Erinnern Sie sich noch an den ersten Wimbledon-Titel von Roger Federer? Das war im Jahr 2005. Federer ist mittlerweile weg. Die Erhöhung der Grimsel-Staumauer wartet jedoch immer noch auf die Bewilligung, obwohl diese ebenfalls im Jahr 2005 beantragt wurde. Wie soll die Schweiz ihre Energiezukunft meistern, wenn selbst die Erhöhung einer seit Jahrzehnten bestehenden Staumauer im bürokratischen Dickicht stecken bleibt?

Eine wichtige Vorlage, um in dieser Frage endlich voranzukommen, ist das Bundesgesetz über die sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Der sogenannte Mantelerlass beinhaltet zielführende Massnahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in den Bereichen Wasserkraft, Solar- und Windenergie. Insgesamt leisten die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung unserer Stromversorgung und zur Erreichung der Klimaziele 2050. Denn unser Land will in knapp 25 Jahren emissionsfrei sein. Konkret bedeutet dies, dass wir keine klimaschädlichen Gase mehr ausstossen dürfen oder diese durch Einsparungen an anderer Stelle kompensieren müssen.

Zusätzlicher erneuerbarer Strom benötigt

Den Weg hin zu Netto-Null 2050 hat das Stimmvolk im vergangenen Juni mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Gletscherinitiative unterstützt. Damit dies gelingt, brauchen wir viel zusätzlichen erneuerbaren Strom. Mit dem steigenden Strombedarf und dem Wegfall bestehender

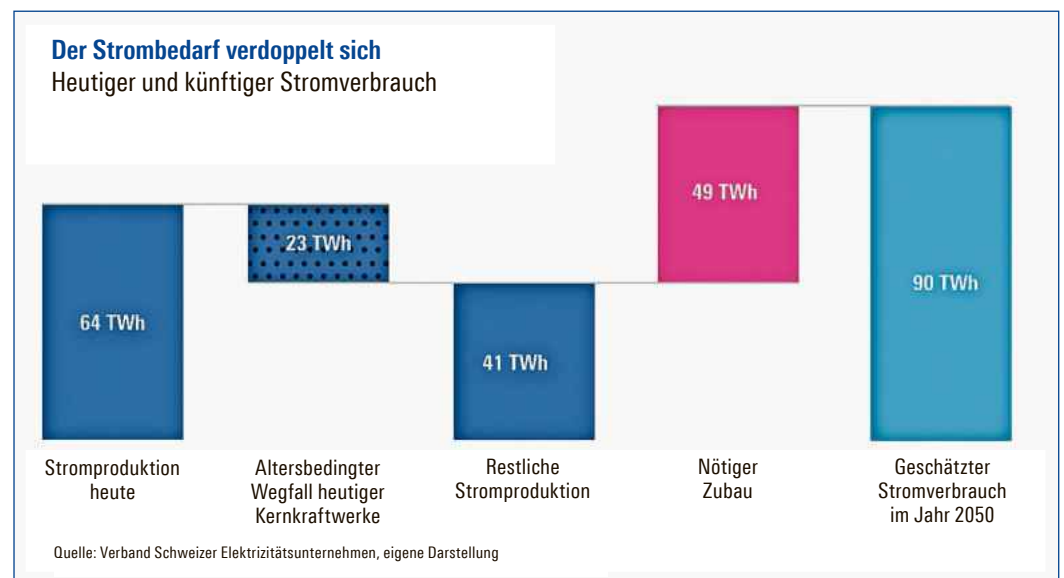
Kernkraftwerke entsteht eine Stromlücke von voraussichtlich rund 50 TWh (siehe Grafik). Im neuen Stromgesetz sind klare Ziele festge-

schrieben, um die inländische Stromproduktion durch den raschen Aus- und Zubau erneuerbarer Energien zu steigern. So sollen die Erneuerbaren (ohne Wasserkraft) bis 2035 35 TWh und bis 2050 45 TWh liefern. Die Wasserkraft soll ihre Produktion bis 2035 auf 37,9 TWh und bis 2050 auf 39,2 TWh steigern. Das Gesetz will dies primär durch Investitionsanreize und Planungssicherheit erreichen. Hinsichtlich des Landschaftsschutzes wurde intensiv über das Verhältnis Schutz versus Nutzen diskutiert und gerungen. Gesamthaft gesehen wurden tragfähige Kompromisse geschmiedet. So konnte zum Beispiel die Forderung nach einer generellen Solarpflicht aus dem Gesetz entfernt werden. Demgegenüber hatten wir leider keinen Erfolg mit dem Begehren nach einer vollständigen Öffnung des Strommarktes. Gerade diese Öffnung hätte Marktelemente gebracht und den Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit gegeben, ihren Lieferanten selbst zu wählen. Ein kleiner Erfolg ist aber die Schaffung von lokalen Stromgemeinschaften, sogenannten LEGs.

Ein Ja ist essenziell

Mit der sehr klaren Verabschiedung des Stromgesetzes hat das Parlament ein eindrückliches Zeichen gesetzt. Trotzdem ist es einer kleinen Gruppe von Landschaftsschützern und Windkraftgegnern gelungen, das Referendum zu ergreifen. Die Bevölkerung wird voraussichtlich im Juni 2024 über die Vorlage abstimmen. Die Unterstützung der Stimmberechtigten an der Urne ist essenziell: Die Dringlichkeit ist hoch und das Gut – die Versorgungssicherheit in der Schweiz – von enorm hoher Bedeutung. Denn Energiesicherheit betrifft uns alle. Setzen wir uns also gemeinsam ein für eine sichere Zukunft!

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin SG



KOLUMNE

AHV für Babyboomer sichern

Die Schweizer Bevölkerung lebt länger. Die Geburtenrate sinkt. Der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sinkt ebenfalls. Diese langfristigen Trends führen dazu, dass der AHV gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen in den kommenden 25 Jahren über 100 Milliarden Schweizer Franken fehlen. Handeln wir nicht jetzt, werden in Zukunft die Mehrwertsteuer und Lohnabgaben massiv erhöht werden müssen.

Dies hätte zur Folge, dass alle in der Schweiz eine finanzielle Mehrbelastung erfahren würden. Der arbeitenden Bevölkerung würde jeden Monat mehr Abgaben von ihrem Lohn abgezogen werden. Die konsumierende Bevölkerung müsste bei jedem Einkauf mehr Steuern zahlen, um die AHV-Finanzen zu stabilisieren. Wir sprechen von durchschnittlich vier Milliarden Schweizer Franken, die pro Jahr fehlen. Das ist viermal so viel, wie der Bund pro Jahr für die Berufsbildung ausgibt. Handeln wir nicht jetzt, wird der Bund schmerzliche Sparmassnahmen umsetzen müssen, um die AHV zu sanieren. So weit darf es nicht kommen.



Die Renteninitiative sieht einen Weg ohne höhere Steuern und Abgaben vor. Die Volksinitiative, welche am 3. März 2024 zur Abstimmung kommt, verlangt, dass das Rentenalter schrittweise in den kommenden zehn Jahren auf 66 Jahre angehoben wird. Im Anschluss soll es an die Lebenserwartung gebunden werden. Die Logik ist simpel. Wir beziehen heute durchschnittlich zehn Jahre länger eine AHV-Rente als bei der Gründung der AHV. Wir zahlen aber immer noch

gleich lange ein. Diese Rechnung geht nicht mehr auf. Wenn wir alle ein paar Monate länger einzahlen, können wir die AHV-Finanzen und somit die AHV-Renten der Babyboomer-Generation sichern.

Es ist klar, dass nicht jede und jeder bis 65 oder 66 Jahren arbeiten kann. Für die betroffenen Personen und Branchen müssen – wie dies heute zum Beispiel in der Baubranche bereits der Fall ist – sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Das Parlament wird dies bei der Umsetzung der Initiative berücksichtigen müssen. Die Arbeitslosen- wie auch die Sozialhilfequote sind auf einem historischen Tiefstand. Die Arbeitgeber suchen händeringend nach Arbeitskräften. Mit der Anpassung des Rentenalters würde auch die Migration reduziert, da weniger Personal aus dem Ausland rekrutiert werden muss. Stimmen wir Ja zu einer gesunden AHV und somit Nein zu mehr Steuern und Abgaben.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH und Vizepräsident FDP.Die Liberalen Schweiz

FDP
Die Liberalen



**Informiert
bleiben?**

Jetzt «Freisinn» abonnieren

Wir machen

die Schweiz stark!

AHV ruinieren?

Kosten in Milliardenhöhe ruinieren unsere AHV

Bis 2033 gibt die AHV wegen der Alterung der Bevölkerung mehr als 3 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Die zusätzlichen jährlichen Kosten von 5 Milliarden Franken durch die Initiative fahren die AHV finanziell an die Wand.

Die 13. AHV-Rente macht die jüngsten Reformschritte zunichte

Eine 13. AHV-Rente nach dem Giesskannenprinzip kostet mehr als dreimal so viel, wie die Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 an Einsparungen bringt. Auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer vom 1.1.2024 von 7.7% auf 8.1% zugunsten der AHV würde für die Finanzierung der 13. AHV-Rente nicht ausreichen und eine weitere Erhöhung auf 9.1% in 2026 wäre absehbar.

Mehrkosten für Bund, Wirtschaft und Privathaushalte

Die Initiative könnte nur über höhere Bundes- und Mehrwertsteuer sowie Lohnabgaben finanziert werden. Spürbare Mehrausgaben für Bund, Arbeitgeber und Privathaushalte wären die Folge. Die Linken ruinieren die AHV und die Kaufkraft auf einen Schlag.

Generationengerechtigkeit geht in beide Richtungen

Die 13. AHV-Rente würde schon ab 2026 für ein negatives Umlageergebnis sorgen und so bis 2050 einen Schuldenberg von 115 Milliarden Franken anhäufen. Bezahlen müssten das die erwerbstätigen Generationen.

3. März 2024
www.13ahvnein.ch

**13. AHV-
Rente
NEIN**